kommissionen durch die staatlichen Leiter und die gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb machte Kollege Schult, Vorsitzender einer Konfliktkommission im VEB Mathias-Thesen-Werft, Wismar, aufmerksam. In der Mathias-Thesen-Werft würden die Konfliktkommissionsvorsitzenden regelmäßig durch die Abteilungsleiter und die Meister in die Vorbereitung von Leitungsentscheidungen zu Problemen von Ordnung und Sicherheit einbezogen und über die jeweiligen Schwerpunktprobleme der Produktion informiert. Die Konfliktkommissionsvorsitzenden berichteten ihrerseits regelmäßig vor den Abteilungsgewerkschaftsleitungen über ihre Arbeit. Es sei aber notwendig, auch die Betriebszeitung in stärkerem Maße für die Verallgemeinerung guter Beispiele und Erfahrungen aus der Tätigkeit der Konfliktkommissionen zu nutzen.

Breiten Raum nahmen in der Diskussion Fragen der Durchsetzung der materiellen Verantwortlichkeit und der Wirksamkeit von Empfehlungen der Konfliktkommissionen ein.

Kollegin Werner, Mitglied der Rechtskommission im VEB Kombinat Kabelwerke Oberspree, wies darauf hin, daß die Beratungen wegen materieller Verantwortlichkeit bei weitem nicht alle Fälle erfassen, in denen schuldhaftige Arbeitspflichtverletzungen zu Schäden führten. Manche staatlichen Leiter machten nur zögernd davon Gebrauch, die erzieherische Wirkung der Konfliktkommissionsberatung zur Sicherung einer festen Ordnung im Arbeitsprozeß zu nutzen. Charakteristisch sei auch, daß nur in seltenen Fällen Leiter selbst materiell verantwortlich gemacht werden.

In diesem Zusammenhang forderte Direktor S t r a n o v s k y (Bezirksgericht Neubrandenburg), Probleme der Durchsetzung der materiellen Verantwortlichkeit und der Erziehung zur Achtung des Volkseigentums stärker als bisher zum Gegenstand der Anleitung der Konfliktkommissionen durch die Gerichte zu machen. Es könne zwar festgestellt werden, daß die Anträge der Betriebe zur Geltendmachung der materiellen Verantwortlichkeit bereits qualifizierter geworden sind, jedoch gebe es noch Mängel hinsichtlich der Differenzierung der Schadenersatzbeträge. So werde z. B. in bestimmten Bereichen stets die volle Höhe des entstandenen Schadens geltend gemacht und der Konfliktkommission die Differenzierung überlassen, die dann meist widerspruchlos akzeptiert werde.

Auf die Verpflichtung der Leiter zur konsequenten Durchsetzung der materiellen Verantwortlichkeit ging auch Kranke ein. Falsch seien die Auffassungen einiger Wirtschaftsfunktionäre, daß allein die Konfliktkommissionen die Ursachen der zur materiellen Verantwortlichkeit führenden Handlungen aufdecken hätten. Diese Aufgabe obliege den Leitern selbst.

Der Stellvertreter des Direktors des Bezirksgerichts

Halle, Fritzsche, wertete die Ergebnisse von Untersuchungen zur gesellschaftlichen Wirksamkeit der Empfehlungen der Konfliktkommissionen aus. Er charakterisierte die Empfehlungen als eine spezifische Form der organisierten Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Dieser Gesichtspunkt müsse besonders hervorgehoben werden, weil die Untersuchungen gezeigt hätten, daß es noch Mängel in der Durchsetzung der Empfehlungen gebe, die deren Wirksamkeit einschränkten. Relativ häufig sei festzustellen, daß die Adressaten der Empfehlungen den Konfliktkommissionen nicht innere halb der Zwei-Wochen-Frist des § 22 Abs. 2 KKO mitteilen, was auf Grund der Empfehlung veranlaßt wurde. In einem kleinen Prozentsatz aller Fälle hätten die Adressaten sogar trotz wiederholter Mahnung nicht auf die Empfehlungen reagiert. Es sei eine wichtige Aufgabe der staatlichen Gerichte, der Mißachtung von Empfehlungen der Konfliktkommissionen mittels der Gerichtskritik zu begegnen.

Fritzsche unterstützte den Hinweis in Abschn. I Ziff. 4 des Berichts des Präsidiums an die 7. Plenartagung, auch die Arbeitskollektive über Empfehlungen der Konfliktkommissionen an staatliche Leiter zu informieren. Damit würden die Werktätigen in die Lage versetzt, die Kontrolle darüber auszuüben, daß die staatlichen Leiter- in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen über die Verwirklichung der Empfehlungen Rechenschaft legen (§ 23 Abs. 2 KKO).

Kollegin Werner berichtete, daß die Rechtskommission der BGL im KWO mit dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsorgan vereinbart habe, alle Übergabeverfügungen über die BGL an die jeweils zuständige Konfliktkommission zu leiten. Dadurch erhalte die BGL einen vollständigen Überblick über die übergebenen Sachen und könne zugleich kontrollieren, ob die Beratung innerhalb der Drei-Wochen-Frist des § 7 Abs. 3 KKO durchgeführt wird. Die Zeitverzögerung durch die Zwischenschaltung der BGL sei ganz gering und werde durch qualifizierte Anleitung der jeweiligen Konfliktkommission wettgemacht.

In seinen Schlußbemerkungen stellte Vizepräsident S i e g e r t fest, daß die Diskussion die Einschätzungen im Bericht des Präsidiums bestätigt habe. Gute Erfolge seien überall dort zu verzeichnen, wo staatliche Leiter und gesellschaftliche Kräfte des Betriebes zielgerichtet bei der Durchsetzung des sozialistischen Arbeitsrechts zusammenwirken. Es komme jetzt darauf an, das Recht noch stärker als bisher zur Erfüllung der ökonomischen Aufgaben zu nutzen. Dabei seien die Empfehlungen der Konfliktkommissionen von großer Bedeutung.

Zum Abschluß der Beratung nahm das Plenum den Bericht des Präsidiums zustimmend zur Kenntnis.

Ri.

Aus der Praxis — für die Praxis

Verwirklichung der Programme zur Zurückdrängung der Kriminalität im Kreis Quedlinburg

In NJ 1973 S. 312 ff. hat Wolf anhand der im Bezirk Halle gesammelten Erfahrungen nachgewiesen, daß die Vorbeugungsprogramme der örtlichen Volksvertretungen wirksame Führungsinstrumente im Kampf gegen die Kriminalität und andere Rechtsverletzungen sind. Seinen Darlegungen und auch seiner Kritik an der verschiedentlich anzutreffenden Unterschätzung der mobilisierenden Wirkung dieser Vorbeugungsprogramme stimmen wir völlig zu.

Natürlich löst ein Programm allein noch keine gesellschaftliche Aktivität aus. Beschlüsse werden bekanntlich

nur dort erfolgreich durchgesetzt, wo für ihre Realisierung Menschen gewonnen und begeistert werden. Dabei hat uns die Erfahrung gelehrt, daß es zur Verwirklichung von Maßnahmen, die über mehrere Jahre hinweg bedeutsam sind, ständig neuer Impulse bedarf.

Unter diesem Aspekt hat der Rat des Kreises Quedlinburg beschlossen, auf der Grundlage und in Ergänzung des Programms des Kreistages zur Zurückdrängung der Kriminalität von 1967 eine Masseninitiative im Kampf um die Anerkennung als „Bereich der vorbildlichen Ordnung und Si-

cherheit“ zu organisieren (vgl. Wolf, a. a. O., S. 314). Diese Maßnahmen werden mit denjenigen koordiniert, die der FDGB-Kreisvorstand ergreift, um die vom Sekretariat des FDGB-Bundesvorstandes beschlossene Bewegung „Ohne Unfälle und Havarien den Plan erfüllen“ durchzusetzen.

An alle Betriebskollektive erging der Appell, diese Maßnahmen zum Bestandteil des sozialistischen Wettbewerbs zu machen; die Werkleiter erhielten einen dementsprechenden Auftrag. Die Räte der Städte und Gemeinden wurden verpflichtet, die Entwicklung der Masseninitiative zur Anerkennung als „Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ in den Wettbewerb „Schöner unsere